

13.04.2022 12:21

Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine VEF: »Der Tyrannei Hoffnung und Taten entgegenzusetzen«

Die Mitgliederversammlung der **Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF)** hat in ihrer Online-Sitzung am 12. April eine Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine verabschiedet. Darin verurteilen die Freikirchendelegierten "den völkerrechtswidrigen Krieg, der mittlerweile seit Wochen tobt und unermessliches Leid hervorgebracht hat". Sie drücken ihre Bestürzung über die humanitäre Katastrophe aus und betonen zugleich: "Bei der Klage bleiben wir nicht stehen!"

"Mit unserer Stellungnahme wollen wir Hoffnungszeichen aufzeigen, die wir in unserer Gesellschaft sehen und die wir als Christinnen und Christen setzen", so VEF-Präsident **Christoph Stiba**. So könnten Gebet und Engagement viel bewirken: "Angesichts der neuen russischen Großoffensive in der Ostukraine beten wir weiter für Frieden. Wir beten für die Kriegstraumatisierten, die in Butscha, Kramatorsk und an vielen anderen Orten Schreckliches erleben mussten. Wir beten für die Ärmsten der Armen in anderen Ländern, die von den wirtschaftlichen Folgen betroffen sind."

"Für die große Solidarität und das gesamtgesellschaftliche Engagement für die Geflüchteten sind wir sehr dankbar", erklärte Stiba. Dazu heißt es in der Stellungnahme: "Diese Zeichen der Menschlichkeit machen Mut! Wir werden uns hier weiterhin einbringen, um der Tyrannei etwas entgegenzusetzen und Zeichen der Hoffnung zu setzen." Ebenso hebt die Stellungnahme unter Bezugnahme auf die **friedensethische Orientierungshilfe der VEF** aus dem Jahr 2015 das Engagement der Freikirchen für Frieden hervor: "Wir engagieren uns auch in der Friedensarbeit und beteiligen uns an der gesellschaftlichen Debatte darüber, mit welchen Mitteln Frieden geschaffen und gesichert werden kann."



VEF-Präsident Christoph Stiba (Bild: VEF)



VEF-Beauftragter Konstantin von Abendroth (Bild: VEF)

Auch in der aktuellen Lage sei es den Freikirchen wichtig, sich für Gleichheit einzusetzen, wie der VEF-Beauftragte am Sitz der Bundesregierung, **Konstantin von Abendroth**, in der Sitzung hervorhob: "Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Geflüchteten, die wegen ihrer

Ethnie, Herkunft oder Religion schlechter behandelt werden als andere Geflüchtete. Jeder Mensch hat das Recht, vor Kriegshandlungen geschützt zu werden, und in Deutschland müssen alle Geflüchteten auch gleichbehandelt werden", so von Abendroth. "Wir beten auch für unsere Gesellschaft, dass sie Ausdauer zeigt im Einsatz für die Geflüchteten. Daran wollen wir als Freikirchen uns weiterhin beteiligen."

Dr. Michael Gruber, Pressesprecher der VEF

[Download der PDF](#) | www.vef.de

[Zurück](#)